

## Niederschrift

über die 14. Sitzung des Sozialausschusses am 22.02.2024  
(11. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	4
<b>1</b> <b>Einwohnerfragestunde</b> .....	4
<b>2</b> <b>Vortrag der Inklusionsbeauftragten der Stadt Neuss</b> .....	4
<b>3</b> <b>Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0713/2024</b> .....	4
<b>4</b> <b>Standort Interims-Anlage für Zuwanderer Vorlage: FB22/0720/2024</b> .....	6
<b>5</b> <b>Aktueller Sachstand Neubau Obdach - es wird in der Sitzung berichtet</b> .....	6
<b>6</b> <b>Anträge</b> .....	7
<b>7</b> <b>Anfragen</b> .....	7
<b>8</b> <b>Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	8
<b>9</b> <b>Termin der nächsten Sitzung</b> .....	8
<b>10</b> <b>Verschiedenes</b> .....	8

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:45 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

**von der CDU-Fraktion**

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Vertretung für Herrn Markus Frank

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

**von der SPD-Fraktion**

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Frau Kirsten Danes Ratsmitglied

**von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Aliina Housden Ratsmitglied

Frau Ann Luisa Kanders

Herr Marc Möhr Integrationsrat

**von der Fraktion GRÜN-alternativ**

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Frau Stefani Schmoll Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Nüsret Seval

**von der Fraktion Die Fraktion**

Herr Marco Nowak Ratsmitglied

**Beratende Mitglieder**

Herr Jürgen Simons Behindertenbeauftragter

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

**von der Verwaltung**

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 22

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 22

**Schriftführerin**

Frau Verena Nicolas Fachbereich 22

Frau Anja Flintrop  
Herr Harald Härtel  
Frau Iris Wagner

Fachbereich 2  
Bereichsleiter Service Immobilien  
Bereichsleiterin Fachbereich 6

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Herr Markus Frank

Ratsmitglied

**von der Fraktion UWG/Freie Wähler**

Frau Nüsret Seval

Sachkundige Bürgerin

**Beratende Mitglieder**

Frau Heike Gabernig

Evangelische Kirchengemeinde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, stellt die fristgerechte sowie ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ergänzungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Keine Fragen.

### **2 Vortrag der Inklusionsbeauftragten der Stadt Neuss**

Frau Mirjam Lenzen, Inklusionsbeauftragte der Stadt Neuss, stellt ihre Arbeit vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Ratsfrau Pricken fragt, wie viele Bürgerbüros entsprechend des Inklusionskonzeptes in Neuss umgebaut worden seien und wie die vorgestellte Broschüre zum Thema Wahlen finanziert werde.

Frau Lenzen antwortet, dass es nur ein Bürgeramt gäbe und dieses entsprechend umgebaut worden sei. Andere Gebäude, die zum Teil unter Denkmalschutz fallen würden, seien nicht umgebaut worden. Frau Lenzen stehe ein eigenes Budget für die leichte Sprache zur Verfügung. Für die Übersetzung in die leichte Sprache arbeite Frau Lenzen mit dem „Atelier leichte Sprache“ in Köln zusammen, dort könnten die entsprechenden Texte auch käuflich erworben werden.

Ratsfrau Niegeloh bedankt sich für den Vortrag von Frau Lenzen und fragt, ob die Einrichtung einer/eines Inklusionsbeauftragten eine Pflichtaufgabe darstelle.

Frau Lenzen antwortet, dass es Pflichtaufgaben gäbe, die Einrichtung einer entsprechenden Koordinationsstelle jedoch nicht verpflichtend sei.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, fragt, wie der Inklusionsbeirat zusammengestellt worden sei. Frau Lenzen erklärt, dass Verbände sowie Betroffene kontaktiert worden seien, zudem wären Mitarbeitende verschiedenster Fachämter, sie als Inklusionsbeauftragte und Personen aus der Stadtpolitik Bestandteil des Beirates. Der Inklusionsbeirat habe den runden Tisch barrierefrei in Neuss abgelöst.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken schlägt vor, dass das Thema in den nächsten Sitzungen weiterverfolgt werde und die Verwaltung für den nächsten Sozialausschuss eine Informationsvorlage über den aktuellen Sachstand der Inklusionsmaßnahmen in Meerbusch vorbereiten solle.

Der Dezernent, Herr Annacker, stimmt zu.

### **3 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0713/2024**

Dezernent Annacker stellt die Informationsvorlage vor. Er ergänzt, dass die Caritas die vakanten drei halben Stellen der sozialpädagogischen Betreuung frühestmöglich übernehmen wolle.

Ratsfrau Pricken fragt, in welchen Unterkünften die neuen Mitarbeiter die Betreuung übernehmen würden.

Dezernent Annacker antwortet, dass eine neue Aufteilung der Fachkräfte auf die verschiedenen Unterkünfte stattfinden müsse, diese würde noch erörtert werden.

Ratsfrau Housden fragt nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Case Manager.

Dezernent Annacker antwortet, dass zurzeit eine Vollzeitstelle der 1,8 geplanten Stellen für Meerbusch besetzt sei, die 0,8 Stellen sollen noch vergeben werden. Die Zusammenarbeit zwischen dem Case Manager und der Verwaltung sei sehr eng.

Ratsfrau Housden erkundigt sich, ob die Verwaltung Reaktionen auf den errichteten Containerstandort zur Unterbringung von Flüchtlingen an der Kranenburger Straße aus der Nachbarschaft erreicht hätten.

Dezernent Annacker berichtet, dass drei schriftliche Anfragen von Anwohnern mit Sicherheitsbedenken die Verwaltung erreicht hätten, durch ausführlicher Beantwortung der Schreiben seitens der Verwaltung seien die Bedenken der Anwohner jedoch ausgeräumt worden. Eine Fremdenfeindlichkeit sei den Schreiben nicht entnommen worden können.

Ratsfrau Pricken merkt an, dass die Räumlichkeiten am Neusser Feldweg aus Datenschutzgründen nicht für die Beratung geflüchteter Personen geeignet sei und fragt, ob eine Beratung an anderer Stelle in Anspruch genommen werden könne.

Dezernent Annacker erläutert, dass neben den sozialpädagogischen Beratungen in den Unterkünften auch Beratungen durch ehrenamtliche Personen, beispielsweise durch Meerbusch hilft, den Pappkarton und die Flüchtlingshilfe Büderich stattfinden würden. Eine Auflistung der weiteren Beratungsangebote ist dem Protokoll beigefügt.

Ratsfrau Niegeloh fragt, ob in den Unterkünften, in denen aktuell keine Beratung vor Ort angeboten würde, auch keine Ansprechpersonen für die Bewohner gegeben seien.

Dezernent Annacker antwortet, dass in allen Unterkünften 24 Stunden am Tag eine Person vor Ort sei.

Ratsherr Bertholdt erkundigt sich, inwieweit das Betreuungsangebot mit der Anzahl der aufgenommenen Personen steigen würde.

Dezernent Annacker zeigt auf, dass ein Betreuungsschlüssel 1:200 eingehalten werden solle, aufgrund des Fachkräftemangels, müssten jedoch auch weitere Berufsgruppen als Betreuungspersonen in Betracht gezogen werden.

Ratsfrau Niegeloh erfragt eine Aufstellung, wie viele Kinder in den entsprechenden Unterkünften untergebracht seien.

Dezernent Annacker sagt zu, die Aufstellung dem Protokoll beizufügen.

Der sachkundige Bürger Herr Schwenzer, erkundigt sich, ob die Hausmeister die Unterkunft an der Kranenburger Straße sauber halten würden.

Dezernent Annacker betont, dass die Bewohner selbst für die Ordnung und Sauberkeit verantwortlich seien, die Hauswarte würden lediglich kontrollieren, ob die Hygieneauflagen des Gesundheitsamtes erfüllt seien.

Ratsherr Bertholdt fragt, wann die Belegung der Unterkunft an der Kranenburger Straße begonnen werden könne.

Herr Härtel erklärt, dass aktuell die Trinkwasserprüfung erfolge, die Freigabe jedoch Ende des Monats erwartet werde.

Dezernent Annacker ergänzt, dass vor der Ratssitzung am 29.02.2024 um 16:00 Uhr eine Besichtigung für die Ratsmitglieder möglich sei.

#### **4 Standort Interims-Anlage für Zuwanderer Vorlage: FB22/0720/2024**

Dezernent Annacker stellt die Informationsvorlage vor.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken, fragt, ob weitere Interimslösungen geplant seien.

Dezernent Herr Annacker antwortet, dass eine laufende Prüfung von Grundstücken im Rahmen einer Projektgruppe erfolge.

Herr Härtel ergänzt, dass viele Faktoren übereinstimmen müssten, damit ein Grundstück die Anforderungen für eine Interimslösung erfülle.

Ratsherr Bertholdt erkundigt sich, welche Grundstücke aktuell in Betracht gezogen würden.

Dezernent Annacker erklärt, dass bereits ein Grundstück in Bösinghoven bekannt gegeben wurde, dort sei die Geräuschbelastung jedoch zu hoch, um eine Interimslösung zu realisieren.

Frau Dreyer erklärt, dass geprüft werde, ob die Personen, die aktuell in der Turnhalle am Neusser Feldweg untergebracht seien, in die neue Containeranlage an der Kranenburger Straße einziehen könnten, damit die Turnhalle vorerst leergezogen werden könne.

#### **5 Aktueller Sachstand Neubau Obdach - es wird in der Sitzung berichtet**

Herr Härtel erläutert, dass im laufenden Vergabeverfahren nur ein Angebot abgegeben worden sei, welches inhaltlich nicht vollständig und wirtschaftlich nicht tragbar gewesen sei. Die Vergabe hätte daher aufgehoben werden müssen.

Dezernent Annacker ergänzt, dass das Angebot den vielfachen Quadratmeterpreis von sozial gefördertem Wohnraum beinhaltet habe. Wichtig sei, dass die Bewohner in den sozialen Wohnungsbau vermittelt würden und dort auch eine Akzeptanz für die Besonderheiten dieser Klientel geschaffen werden müsste.

Ratsfrau Niegeloh betont, dass es seit Jahren kein Weiterkommen in dieser Thematik gäbe und die Bewohner darunter leiden würden. Ratsfrau Pricken stimmt Ratsfrau Niegeloh zu und erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen.

Dezernent Annacker erklärt, dass es ein gutes Beratungsangebot für die Bewohner gäbe, ein aktueller Artikel der Rheinischen Post würde wiedergeben, dass sich die Bewohner in der Unterkunft wohl fühlen würden und verweist darauf, dass für das Jahr 2024 keine Mittel für das Obdach eingestellt im Haushalt eingestellt seien.

Ratsfrau Pricken schließt sich an, dass Ratsfrau Niegeloh seit vielen Jahren das Problem des Obdaches thematisiert habe. Zudem sei der soziale Wohnungsbau ohne Betreuung für viele Bewohner nicht adäquat.

Dezernent Annacker antwortet, dass es ein gutes Beratungsangebot für die Bewohner gäbe, Ziel sollte jedoch die Vermittlung in regulären Wohnraum darstellen. Laut Presseartikel würden sich die

meisten Bewohner vor Ort aber wohl fühlen. Ebenso würden erwerbstätige Bewohner aufgrund der geringen Nutzungsgebühr nicht ausziehen. Es fehle daher an Motivation und Anreizen für die Bewohner auszuweichen. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation sei eine investive Maßnahme im Jahr 2024 nicht realisierbar.

Ratsfrau Housden schließt sich ihren Vorrednerinnen an, jedoch sei der ursprüngliche Plan gewesen durch den Neubau auf den gestiegenen Bedarf reagieren zu können, nicht, die Unterkunft wohnlicher zu gestalten. Ratsfrau Housden fragt, ob ein neues Vergabeverfahren möglich sei.

Dezernent Annacker betont, dass ein neues Vergabeverfahren keine Option darstelle. Die Unterbringung in einer Notunterkunft stelle zudem keinen Wohnraum, sondern eine ordnungsrechtliche Verpflichtung dar. Es müssten daher alternative Angebote geschaffen werden, beispielsweise über Sozialwohnungen, da dort auch die soziale Kontrolle gegeben sei. Dieses Angebot fehle jedoch in Meerbusch aktuell, der entsprechende Handlungsbedarf werde derzeit jedoch von Seiten der Stadtverwaltung angegangen, unter anderem mit dem Sonderausschuss zum Thema Wohnen.

Ratsherr Bertholdt gibt an, dass die Suche nach einer bedarfsgerechten Lösung ein langer Weg gewesen sei, die Misere der Bauindustrie sowie der Ausgang des Ausschreibungsverfahrens sei nicht vorhersehbar gewesen.

Ratsfrau Pricken fragt, ob ein Neubau an anderer Stelle zu realisieren und die Umwidmung des aktuellen Gebäudes zu Sozialwohnungen möglich sei.

Dezernent Annacker erklärt, dass die Schaffung von sozialem Wohnraum und die Vermittlung der Bewohner in diesen das Ziel darstellen solle. Der Neubau von Notunterkünften werde im Gegensatz zu sozialem Wohnraum finanziell nicht gefördert.

Ratsfrau Niegeloh erläutert, dass der ursprüngliche Plan, keine investive Lösung zu realisieren, zu einer Entlastung des Haushaltes für das Jahr 2024 führen sollte.

Ratsfrau Housden ergänzt, dass für den Haushalt 2025 ein neuer Beschluss notwendig sei.

Ratsherr Kräling widerspricht, dass auch ein Beschluss, der den Haushalt investiv betroffen hätte, aufgrund der Preisentwicklung keine Durchführbarkeit eines Neubaus zur Folge gehabt hätte. Er betont, dass die Entwicklung nicht absehbar gewesen sei und Schuldzuweisungen nicht zielführend seien.

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich, ob ein Heizungseinbau möglich sei.

Herr Härtel antwortet, dass diese Überlegung bereits von Seiten der Verwaltung angestrebt worden sei, allerdings gäbe es nun energetische Vorgaben bei dem Einbau einer neuen Heizung, die zahlreiche weitere Folgearbeiten bedeuten würden. Ein einfacher Heizungseinbau sei nicht möglich, da die gesetzlichen Vorgaben zu erheblichen weiteren finanziellen Aufwendungen führen würden.

Ratsherr Bertholdt ergänzt, dass eine aufwändige energetische Außensanierung ohne entsprechende Innensanierung sinnlos sei.

## **6 Anträge**

Keine Anträge.

## **7 Anfragen**

Keine Anfragen.

## **8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Dezernent Annacker berichtet, dass am 07.02.24 in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bund und Ländern auf Ebene der Staatskanzleien und den kommunalen Spitzenverbänden, die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete verhandelt worden sei. Aus diesem Prozess sei eine Ausschreibung hervorgegangen, der sich 14 Bundesländer, darunter auch NRW, angeschlossen hätten. Bis Juni 2024 solle ein Dienstleister gefunden werden, der eine solche Bezahlkarte bereitstellen könne. Den Kommunen in Nordrhein-Westfalen solle es freigestellt werden, die Bezahlkarte einzuführen.

Am 14.02.24 sei der Beschluss zum Vergabeverfahren zur Auswahl eines Dienstleisters für die Ausgabe und Beladung guthabenbasierter Debitkarten beauftragt und gestartet worden.

Das AsylbLG müsse zudem angepasst werden, da immer noch keine Klarheit bestünde, ob in NRW einheitliche Regelung erfolgen werde. Der Kreis Mettmann und die Stadt Krefeld würden z.B. aktuell die Einführung ablehnen, Duisburg habe den Beschluss zurückgestellt mit dem Hinweis an die Staatskanzlei, für eine NRW-einheitliche Lösung zu sorgen. Die Bezahlkarte solle Missbrauch und einen Transfer der Leistungen ins Ausland verhindern und gleichzeitig für eine Arbeitsentlastung sorgen.

Zudem erklärt Dezernent Annacker, dass die angeschlagene St.-Mauritius-Fachklinik in Osterath gerettet scheine. Basis eines im Januar vorgelegten Insolvenzplanes sei der Einstieg eines neuen Trägers. Mehrheitsgesellschafter werde die Augustinus-Gruppe aus Neuss mit 60 %, die mit den Alexianern als Co-Investor (mit 40 % Beteiligung) neue Pläne für das Haus habe.

## **9 Termin der nächsten Sitzung**

Mittwoch, den 24.04.2024

## **10 Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 5. März 2024

---

Hans Günter Focken  
Ausschussvorsitzender

---

Verena Nicolas  
Schriftführer/in